



Verband Bildung und Erziehung
Landesverband NRW



Grundsatzrede

Udo Beckmann

Vorsitzender VBE NRW

07. November 2008

Dortmund

Anrede,

früher war....vielleicht nicht alles besser, aber vieles anders als heute. Das preußische Kultusministerium hieß im Jahr 1840 noch Ministerium für geistliche, Medizinal- und Schulangelegenheiten. Mir persönlich ist dieser Ressortzuschnitt gar nicht mal so unsympathisch. Er bot doch zumindest theoretisch die Chance, dass sich in ein- und demselben Haus die Menschen gleich um die gesundheitlichen Probleme kümmern konnten, die sie selbst mit ihrer Schulpolitik verursacht hatten.

Trotz des heute anderen Ressortzuschnitts hat sich etwas Entscheidendes nicht geändert: die Lieblingstätigkeit des Ministeriums war nämlich damals die gleiche wie heute: Es gab am liebsten Erlasse heraus. Einer bezog sich auf die sich allmählich ausbreitenden Lehrerorganisationen, die dem Ministerium ein Dorn im Auge waren:

(Zitat) „In mehreren Provinzen sind die äußeren und inneren Verhältnisse des Elementarschulwesens von den Lehrern zum Gegenstand öffentlicher Besprechungen gemacht worden. Es ist aber weder der Stellung der Lehrer angemessen noch ihrer Sache förderlich, ein Verfahren zur Verbesserung ihrer Lage planmäßig zu organisieren, zu diesem Zweck besondere Vereine zu bilden und die Wahl von Repräsentanten zuzulassen.“ (Zitat Ende)

Was können wir doch froh sein, dass die Zeiten sich zumindest teilweise geändert haben! Erlasse gibt es ja immer noch genug, aber zumindest dürfen wir uns heute hier versammeln, um uns öffentlich zu besprechen und unsere Repräsentanten zu wählen. Und nicht nur das: wir nehmen uns sogar die Freiheit, öffentlich über die äußeren und inneren Verhältnisse des Schulwesens zu reden. Das setze ich jetzt auch gleich mal um.

„Kinder brauchen Persönlichkeiten“, heißt unser Thema, und dieses Thema kann man wie jedes andere aus unterschiedlichen Perspektiven angehen. Bevor ich der Landesregierung erkläre, was sie alles falsch macht und dringend ändern muss – und keine Sorge, ich werde auch die Opposition nicht schonen – möchte ich ein paar grundsätzliche Dinge sagen, die fernab von jedem politischen Handeln liegen.

These 1: Kinder brauchen Orientierung.

Die Welt wird zunehmend unübersichtlicher, die Orientierung schwieriger. Das ist aber keineswegs nur ein Grund zur Klage, es hat auch seine positiven Seiten. In einer autoritär strukturierten Gesellschaft wie der des Mittelalters war vieles klarer geregelt: die gesellschaftliche Ordnung galt als gottgewollt und hatte nicht in Frage gestellt zu werden.

Das ist heute zum Glück anders, aber das hat eben auch seinen Preis. Kinder werden schon früh mit vielen Reizen konfrontiert, die die Konsum- und Medienwelt für sie bereithält. Sie gelten als potenzielle Kunden, Fernsehwerbung für bestimmte Produkte wird genau auf die Fernsehzeiten von Kindern hin platziert. 12-Jährigen werden Handy-Verträge aufgeschwatzt, die die Eltern manchmal nur mit viel Mühe wieder kündigen können. Es ist schon für Erwachsene schwierig genug, sich noch in einer Welt zurechtzufinden, die sich jeden Tag selbst neu erfinden will. Für Kinder ist es sicher nicht einfacher.

Zu einer offenen Gesellschaft gehört, dass es unterschiedliche Lebensentwürfe und –modelle gibt. Kinder wachsen in Familien auf, die immer häufiger Patchworkfamilien sind. Sie wachsen auch häufiger in Wohngemeinschaften oder bei allein erziehenden Müttern oder Vätern auf. Entscheidend ist bei all diesen Lebensmodellen, dass Kinder feste Ansprechpartner, feste Bezugspersonen haben. Sie brauchen Erwachsene, auf die sie sich verlassen können.

Wer regelmäßig Zeitung liest, könnte das Gefühl bekommen, dass die Kindheit die gefährlichste Phase im Leben eines Menschen ist. Fast täglich lesen wir Geschichten über misshandelte, missbrauchte und sogar getötete Kinder. Und immer wieder werden dieselben Fragen gestellt:

Waren vielleicht die Eltern überfordert? Hat niemand etwas bemerkt?
Warum ist niemand eingeschritten und hat das Jugendamt informiert?
Oder war das Jugendamt sogar informiert und hat nichts getan?

Kurz: Wer trägt die Schuld?

Fakt ist, dass häufig weggesehen wird. Man will sich nicht einmischen. Es geht einen ja nichts an, was nebenan passiert. Wer kennt sie schließlich nicht, die Karikatur vom Nachbarn Schnüffel, der alles und jeden kontrollieren will und an den Türen lauscht? So einer will man schließlich nicht sein. Und womöglich macht man ja auch nur für nichts und wieder nichts die Pferde scheu. Es ist sicher nicht einfach, die Balance zu finden zwischen einem gesunden „Leben und leben lassen“ und der Pflicht, sich einzumischen, wenn es wirklich nötig ist. Um diese Balance müssen wir uns alle bemühen. Wir müssen hin- und dürfen nicht wegsehen, wenn es Probleme gibt.

Kinder brauchen Menschen, die hinsehen. Sie brauchen sie zuhause genauso wie in den Kindertagesstätten und Schulen. Viel zu oft schieben aber Erwachsene die Verantwortung für die nachwachsenden Generationen von einem auf den anderen, und alles dreht sich im Kreis. Erzieherinnen machen die Eltern dafür verantwortlich, dass die Kinder schwieriger werden. Die Grundschule wiederum macht den Kindertageseinrichtungen zum Vorwurf, sie bereiteten die Kinder nicht ausreichend auf die Schule vor. In den weiterführenden Schulen hört man die Klage, die Kinder brächten aus der Grundschulzeit nicht mehr das Rüstzeug für ein Weiterlernen mit. Eltern wiederum klagen die Schule bzw. Lehrerinnen und Lehrer an, die ihre Kinder nicht genug fördern oder nicht das leisten, wovon Lehrer wiederum meinen, die Eltern müssten es leisten. Ausbildungsbetriebe klagen über die mangelnden Kenntnisse, die fehlende Ausbildungsreife der Jugendlichen, an den Universitäten wird über die unzureichende Vorbildung der Studierenden geklagt. Und alle gemeinsam klagen über die Politik, die zu wenig Geld investiert, die falschen Schwerpunkte setzt und überhaupt unfähig zu sein scheint. Es ist offenbar ein Teufelskreis von organisierter Verantwortungslosigkeit entstanden, der große Teile der Gesellschaft einbezieht.

Diesen Teufelskreis können wir nur durchbrechen, wenn jeder bei sich selbst und in seinem Umfeld anfängt. Wir sollten mal wieder mehr miteinander und dafür weniger übereinander sprechen. Wenn aber die Kommunikation zwischen Institutionen verstärkt werden soll, kostet das Zeit. Ich höre schon den Aufschrei: diese Zeit haben wir nicht! Zeit hat man nicht einfach, man muss sie sich nehmen. Ich mache mal einen Vorschlag dazu:

Das MSW propagiert doch immer wieder die eigenverantwortliche Schule. Das sollten wir einfach mal ernst nehmen. Wir sollten tatsächlich einmal ganz eigenverantwortlich handeln und das 25. Projekt, das das Ministerium verordnet, einfach in der Schublade verschwinden lassen. Das merkt doch kein Mensch. Denn während wir in den Schulen dicke Aktenordner für das 25. Projekt füllen, verordnet die Landesregierung bereits das 26., und das MSW bereitet das 27. bereits vor. Wenn wir das 25. dann einfach in der Schublade verschwinden lassen, könnten wir wieder mehr Zeit für die wesentlichen Dinge gewinnen.

Viele von uns werden schon einmal den Satz gehört haben: „Dafür bin ich nicht zuständig.“ Kinder brauchen Erwachsene, die den Spruch „dafür bin ich nicht zuständig“ noch nicht einmal denken, geschweige denn über die Lippen bringen. Sie brauchen Persönlichkeiten, die ihnen in Sachen Verantwortung Vorbilder sein können.

Leider müssen wir tagtäglich in den Medien verfolgen, dass Menschen, die große gesellschaftliche Verantwortung tragen, diese ganz offensichtlich nicht wahrnehmen. Und wir hören und lesen jeden Tag, wozu es führt, wenn Menschen andere so entpersönlichen, dass sie sich für deren Wohlergehen nicht mehr verantwortlich fühlen müssen. Ich nenne Nokia, BenQ und natürlich die Manager der Banken, die seit Wochen in den Schlagzeilen zu finden sind. Da wird kein Gedanke an die Menschen verschwendet, die die Folgen der Entscheidungen einzelner tragen müssen. Menschen gelten hier als „Humankapital“, als wahllos verschiebbare, anonyme Masse. Die Nokia-Mitarbeiter haben es seinerzeit mit einer groß angelegten Plakataktion gut auf den Punkt gebracht. Unter zahlreichen Photos von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern war der Spruch zu lesen: „Jeder Arbeitsplatz hat ein Gesicht.“

Nachrichten von der Finanzkrise oder dem Verlust von tausenden Arbeitsplätzen gehen auch an Kindern nicht spurlos vorbei. Auch wenn sie noch nicht jedes Detail verstehen, spüren sie doch die Unsicherheit der Erwachsenen, die ihnen solche Nachrichten erklären müssen. Sie spüren, dass da etwas nicht in Ordnung ist. Wie sollen sie lernen, Verantwortung zu übernehmen, wenn sie fast täglich erfahren müssen, dass dieses Wort in Teilen der Wirtschaft, aber auch der Politik völlig

unbekannt zu sein scheint? Organisierte Verantwortungslosigkeit, wie wir sie tagtäglich erleben müssen, erzieht nicht zur Verantwortung.

Kinder brauchen Persönlichkeiten. Sie brauchen Menschen in allen Bereichen, die sich nicht unkritisch vom so genannten Mainstream leiten lassen, sondern sich auch mal gegen diesen stellen, wenn es nötig wird. Kurt Tucholsky hat das so schön auf dem Punkt gebracht:

(Zitat) „Nichts ist schwieriger und erfordert mehr Charakter, als sich im offenen Gegensatz zu seiner Zeit zu befinden und laut zu sagen: nein!“ (Zitat Ende)

Das bedeutet nicht, dass Kinder Nein-Sager aus Prinzip brauchen. Sie brauchen aber Persönlichkeiten, die den richtigen Zeitpunkt erkennen, an dem ein lautes Nein angebracht ist. Wir als Erzieherinnen und Erzieher, wir als Lehrkräfte sollten der Administration, den Erlassmachern, Projekterfindern und Konzeptfetischisten ruhig häufiger mal das Wort „nein“ entgegensetzen.

These 2:

Kinder brauchen zuallererst Respekt

Das ist zum Glück auch anders als im 19. Jahrhundert. Es geht nicht mehr ausschließlich darum, dass Kinder den Erwachsenen Respekt entgegenbringen, das muss auch umgekehrt gelten. Ich werde einmal der Frage nachgehen, wie viel Respekt vor Kindern hinter den landespolitischen Entscheidungen der letzten Jahre steckt.

Ich fange mal mit den Kleinsten, den Kindergartenkindern an.

Am 1. August 2008 ist in NRW das so genannte Kinderbildungsgesetz in Kraft getreten. Es handelt sich dabei um ein Gesetz, das die Landesregierung gerne als Vorzeigeprojekt verkauft. Es soll mehr Kindergartenplätze für die unter Dreijährigen und mehr Sprachförderung bringen, die Kindertagesstätten werden infolge des Gesetzes zu Familienzentren ausgebaut. Das klingt doch alles wunderbar und tatsächlich nach Vorzeigeprojekt.

Doch hält der Name Kinderbildungsgesetz was er verspricht? Oder handelt es sich nur um ein Gesetz, das im Wesentlichen die Finanzierung, aber nicht den Bildungsanspruch auf eine neue Grundlage stellt?

Wenn es sich beim Kibiz tatsächlich um ein bildungspolitisches Vorzeigeprojekt handeln würde, dann hätte es sich an der Kernfrage orientiert: „Wie viel Gruppe braucht ein Kind?“ Die zentrale Frage des Kibiz scheint aber wie bei der Vorgängerregierung eher zu lauten: „Wie viele Kinder pro Gruppe kann eine Erzieherin beaufsichtigen?“ Respekt vor den Kindern ist das nicht.

Respekt vor den Kindern würde bedeuten, sie und ihre Bedürfnisse wirklich ernst zu nehmen und ihnen schon im frühen Alter Möglichkeiten zu eröffnen, in öffentlichen Einrichtungen Dinge zu lernen, die sie eventuell in der Familie nicht lernen können. Respekt würde bedeuten, endlich anzuerkennen, dass wir Erzieherinnen und Erzieher brauchen, die unter Bedingungen arbeiten können, die ihnen die bestmögliche Förderung der Kinder und die zusätzliche Beratung von Familien in oft elementaren Erziehungsfragen ermöglichen. Mit 10 Kindern in einer Gruppe für unter Dreijährige sind diese Bedingungen nicht erfüllt. Es ist ein Skandal, dass die durchschnittliche Gruppengröße für die über Dreijährigen nach wie vor bei 25 liegt. Im internationalen Vergleich liegt sie bei 15 Kindern.

Wir hören immer wieder, dass vor allem Akademiker sich sehr spät oder gar nicht für Kinder entscheiden. Die Betreuungssituation ist natürlich dafür nicht der alleinige Grund, aber sie ist eben doch auch ein Grund. Es fehlt an Betriebskindergärten, das ist das eine. Hier ist die Wirtschaft in der Pflicht. Darüber hinaus müssen aber öffentliche Kindertageseinrichtungen so hohe Qualitätsstandards erfüllen, dass Eltern ihre Kinder dort guten Gewissens abgeben können. Davon sind wir in NRW immer noch weit entfernt.

Die Landesregierung stellt sehr hohe Erwartungen an die Kompetenz der Erzieherinnen und Erzieher. Das ist auch legitim. Aber dann muss auch die Bezahlung so aussehen, dass man an ihr die gesellschaftliche Wertschätzung dieses Berufs erkennt. Auch hier klaffen Anspruch und Wirklichkeit meilenweit auseinander. Das Gleiche gilt für die Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher. Es ist

allerhöchste Zeit, dass diese entsprechend dem europäischen Standard an die Fachhochschulen verlagert wird.

Wenn wir uns einig sind, dass wir angesichts der demografischen Entwicklung jedes Talent brauchen, wenn wir wissen, dass die frühkindliche Förderung Chancen eröffnet, Bildungspotentiale von Kindern aus bildungsfernen Schichten besser zu entwickeln, wenn amerikanische Langzeitstudien belegen, dass die öffentliche Hand jeden Dollar, den sie für Kinder aus sozialschwachen Familien investiert, bis zum Siebenfachen zurückerhält, dann frage ich mich: Wann finden diese Erkenntnisse endlich Eingang in das politische Handeln? Sie müssten doch zumindest zur Folge haben, dass der Kindergarten nicht nur in Sonntagsreden, sondern realiter als Bildungsinstitution anerkannt und der Besuch beitragsfrei wird.

These 3:

Kinder brauchen Respekt

Wie sieht es nun in der nordrhein-westfälischen Schulpolitik mit diesem Thema aus?

Die Landesregierung hat das Recht auf individuelle Förderung im Schulgesetz verankert. Dies könnte tatsächlich davon zeugen, dass Kinder und Jugendliche in ihrer Unterschiedlichkeit wahrgenommen und respektiert werden. Sehen wir aber etwas genauer hin, erkennen wir auch hier die Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Betrachtet man diesen Passus im Schulgesetz von der rein juristischen Seite, ist man schnell fertig: es ist nämlich nicht einklagbar.

Aber abgesehen von der rechtlichen Seite muss man diesen Passus im Schulgesetz auch im Zusammenhang damit sehen, wie die Landesregierung ihre gesamte Schulpolitik anlegt. Grundlage dieser Politik sind Begabungstheorien, über die seriöse Wissenschaftler nur den Kopf schütteln, weil sie einfach nicht haltbar sind. Nach Auffassung der Landesregierung gibt es offensichtlich in NRW nur drei Begabungen. Wie die genau aussehen sollen, definiert die Landesregierung an keiner Stelle. Die drei Begabungen scheinen aber auf wundersame Weise zu den drei Schulformen des gegliederten Systems zu passen. Armes NRW, kann ich da nur sagen!

In der WDR-Fernsehsendung „Hart aber fair“ vom 8. Dezember 2004 sollte der heutige Ministerpräsident Jürgen Rüttgers – damals noch Oppositionsführer - erklären, welche Kinder denn eigentlich die Hauptschule besuchen. Er fand folgende Erklärung:

(Zitat)„Die haben Probleme mit Formeln, die haben Probleme mit Theorie, die können aber mit ihren Händen *praktisch* was machen.“ (Zitat Ende).

Aha. Die einen arbeiten also ausschließlich mit dem Kopf und die anderen ausschließlich mit den Händen. Die einen sind praktisch begabt und besuchen die Hauptschule, die anderen sind theoretisch begabt und besuchen das Gymnasium. Und dann gibt es noch die dazwischen – sozusagen die fifty-fifty-Kinder, also die mit der so genannten „Realschulbegabung“. Das sind die schwierigsten, weil man sie offensichtlich nicht sauber zuordnen kann.

Vor 200 Jahren versuchte es der Gymnasiallehrer August Ferdinand Bernhardt. Die Mittel- bzw. Bürgerschule – so hieß damals das Zwischending zwischen Volksschule und Gymnasium- sollten seiner Ansicht nach Kinder besuchen, die *den* Ständen angehörten, (Zitat) „an deren sinnlichen und körperlichen Produkten die Kraft des Geistes gleichen Anteil hat.“ (Zitat Ende). Das hört sich zwar heute ein wenig moderner, aber genauso schwammig an. Die Frage ist: sind potenzielle und tatsächliche Realschüler theoretisch praktisch oder praktisch theoretisch begabt?

Anrede,

ich habe aber den Eindruck, dass dieses Gerede über vermeintliche drei Begabungstypen ohnehin nur der Politik als Rechtfertigung dafür dient, dass alles so bleiben muss, wie es ist. Es dient den parteipolitischen Ritualen im Landtag, in den Schulen spielt es überhaupt keine Rolle. Keine Grundschullehrerin testet die „praktische Begabung“ eines Kindes, bevor sie ihre Empfehlung für die weiterführende Schule ausspricht.

Die nordrhein-westfälische Schulministerin weigerte sich in der Plenarsitzung am 18. Juni dieses Jahres auf mehrfache Nachfrage der Oppositionsfraktionen, den Begriff „praktische Begabung“ zu definieren. Eine kluge Entscheidung – man kann sich damit nämlich nur in eine Sackgasse manövrieren. Aber weil das so ist, müsste dieser Entscheidung eine weitere kluge folgen: dass sich nämlich die nordrhein-westfälische Schulpolitik von Begabungstypologien verabschiedet, die sie selbst nicht definieren will.

Kinder brauchen Respekt, lautet mein Ausgangspunkt. Kinder im Alter von neun Jahren in drei vermeintliche Begabungstypen aufzuteilen und sie dann auf Schulformen in einem System mit sehr eingeschränkter Durchlässigkeit zu verteilen, zeugt nicht von Respekt. Das an sich ist schon schlimm genug. Fast noch schlimmer ist aber, dass das System dann schon zynisch anmutende Anwüchse zeigt. Schulträger bauen ihre Schulentwicklungsplanung nämlich nicht auf den Anmeldezahlen für die 5. Klassen auf, sondern blicken auf die 7. Jahrgänge. Sie kalkulieren ein, dass Kinder hin und her geschoben werden. Schulentwicklungsplanung im gegliederten Schulsystem kalkuliert also das Scheitern von Kindern als feste Größe ein. So respektlos gehen wir mit Kindern und ihren Bildungswegen um.

Es wird ja gerne immer wieder ins Feld geführt, die Schulformen des gegliederten Systems hätten nur unterschiedliche Bildungsaufträge, sie seien aber gleichwertig. Schulformen in einem hierarchisch gegliederten System können nicht gleichwertig sein. Das erleben Eltern, Lehrer und Schüler an Hauptschulen jeden Tag. Kinder - das zeigen insbesondere Befragungen von Hauptschülern immer wieder - wissen, dass sie mit der Zuweisung zu einer Schulform in der Hierarchie oben oder unten angesiedelt sind. Das passt nicht zu einem demokratischen Verständnis von Bildung, das passt nicht zu einem demokratischen Schulsystem.

In Bayern – was sich ja die nordrhein-westfälische Schulpolitik gerne zum Vorbild nimmt – sagt man wenigstens laut und deutlich, was man mit diesem System *wirklich* bezweckt. Im Jahr 2006 hörte sich das aus dem Mund des damaligen Wissenschaftsministers folgendermaßen an:

(Zitat) „Ein Viertel bis ein Drittel eines Schülerjahrgangs sollte zum Abitur kommen [...]. Unter den Gymnasiasten sollten auch einige Nobelpreisträger sein. Ein weiteres Drittel sollten dann die Realschüler ausmachen, die geistig Erdachtes schnell in Betrieben umsetzen. Sie sollen ganz praktisch an die Umsetzung von Themen herangehen. Hauptschüler könnten dann eine Menge Dienstleistungen übernehmen, zum Beispiel als Tagesmütter, damit andere Frauen Geld verdienen können.“ (Zitat Ende)¹

Na ja – in Bayern gehen die Uhren ja bekanntlich anders. Da denkt ja auch manch ein Politiker, dass man nach dem Genuss von zwei Liter Bier noch Auto fahren kann. Als Vorbild taugt weder die eine noch die andere Einschätzung.

Diesen Vorstellungen müssen wir den Gedanken von einer wirklich demokratischen Schule entgegenstellen, die Kinder ganzheitlich bildet. Eine demokratische Schule nimmt jedes Kind so an, wie es ist, und sagt ihm nicht nach ein, zwei oder drei Jahren: Du bist hier falsch, du gehörst nicht zu uns. Hauptschullehrerinnen und –lehrer können ein Lied davon singen, was solche Versagenserlebnisse für Kinder bedeuten können. Sie sind es, die all diejenigen integrieren und motivieren müssen, die die anderen nicht wollen. Sie müssen denen, die die anderen abgeschoben haben, ein Stück Selbstachtung zurückgeben. Das tun sie seit vielen Jahren mit großem Engagement. Aber sie spüren, dass sie eines niemals schaffen können: Sie können die differenziellen Entwicklungsmilieus nicht abbauen, von denen die PISA-Studien sprechen. Die Lehrerinnen und Lehrer der Berliner Rütli-Schule haben die damit gemeinte Situation der Schülerinnen und Schüler seinerzeit in ihrem Brief auf den Punkt gebracht:

(Zitat) „Es gibt für sie in der Schule keine positiven Vorbilder. Sie sind unter sich und lernen Jugendliche, die anders leben, gar nicht kennen. Hauptschule isoliert sie, sie fühlen sich ausgesondert und benehmen sich entsprechend. Deshalb kann jede Hilfe für unsere Schule nur bedeuten, die aktuelle Situation erträglicher zu machen. Perspektivisch muss die Hauptschule in dieser Zusammensetzung aufgelöst werden

¹ Quelle: Bayerischer Landtag, Plenarprotokoll 15/80:6095

zugunsten einer neuen Schulform mit gänzlich neuer Zusammensetzung.“ (Zitat Ende)

Anrede,

Natürlich sind nicht alle Hauptschulen Rütli-Schulen. Keine Hauptschule ist wie die andere, wie auch kein Gymnasium wie das andere ist. In einzelnen Kommunen in NRW lag die Übergangsquote zur Hauptschule im Schuljahr 2007/08 bei mehr als 30 Prozent, in anderen bei 5 Prozent und weniger. Klar ist aber eines: Rütli-Schulen darf es nirgendwo geben. Die Rütli-Schule ist übrigens gerade dabei, sich in eine Gemeinschaftsschule umzuwandeln. Das nur mal so nebenbei.

Und noch eins nebenbei: Die Hauptschule ist in diesem Jahr 40 geworden. Hat die Landesregierung das eigentlich gar nicht gemerkt? Oder haben wir da was verpasst? Wahrscheinlich haben wir was verpasst. Es kann doch eigentlich nicht sein, dass die Landesregierung den runden Geburtstag eines Kindes vergessen hat, von dem sie immer behauptet, es sei ihr Lieblingskind. Obwohl – zumindest die Schulministerin hat ja gar kein Lieblingskind. Das hat sie jedenfalls im 27. August dieses Jahres der WAZ erklärt:

(Zitat) „Ich liebe alle Schulformen so wie eine Mutter ihre Kinder – alle gleich.“ (Zitat Ende)

Na dann – im kommenden Jahr wird die Gesamtschule 40. Vielleicht erfährt ja dann dieses Kind ein bisschen mehr Mutterliebe und bekommt ein schönes Geschenk.

Ich bleibe noch bei dem Thema „Respekt vor Kindern“.

Wie verhält es sich eigentlich im gegliederten Schulsystem mit dem Anspruch der Kinder auf Allgemeinbildung? Hierzu hat sich der nordrhein-westfälische Ministerpräsident in einer Rede am 6. September 2008 geäußert:

(Zitat) „Nur mit einer breiten Allgemeinbildung ist man in der Lage, Wichtiges von Unwichtigem zu unterscheiden. Nur dann können wir verhindern, dass sich die Gesellschaft spaltet in diejenigen, die mit dem neuen Wissen umgehen können und in diejenigen, die damit überfordert sind.“ (Zitat Ende)

Er hat dann sein Bildungsideal vorgestellt:

(Zitat) „Das Humboldtsche Bildungsideal der ganzheitlichen Bildung ist deshalb nach wie vor richtig. Aber wir haben ein Problem dabei noch nicht gelöst: Es muss für alle Kinder gelten, nicht nur für wenige.“ (Zitat Ende)

Da kann ich nur sagen: Recht hat er. Aber es bleibt doch die Frage, wie diese Äußerungen zu denen passen, die er über die Rolle der Hauptschule gemacht hat. In einem Interview mit dem Westfalen-Blatt vom 13. Juni 2008 antwortete er auf die Frage, ob die Hauptschule auf mittlere und lange Sicht Bestand haben werde, folgendermaßen:

(Zitat) „Ja, weil es keine Alternative gibt. Wie wollen wir denn sonst sicherstellen, dass diejenigen, die überwiegend praktisch veranlagt sind oder eine Zuwanderungsgeschichte haben, eine auf sie zugeschnittene Ausbildung erhalten?“ (Zitat Ende)

Ich kann nur hoffen, dass der Ministerpräsident das, was er da gesagt hat, nicht wirklich ernst gemeint hat. Er kann doch nicht ernsthaft gemeint haben, dass Kinder mit Zuwanderungsgeschichte zu einem so hohen Prozentsatz auf Hauptschulen landen, weil sie nur dort „eine auf sie zugeschnittene Ausbildung“ bekommen. Und was soll denn das überhaupt sein? Auftrag der Hauptschule ist es laut Schulgesetz, den Kindern „eine **grundlegende** allgemeine Bildung“ zu vermitteln, während die Realschule eine erweiterte und das Gymnasium eine vertiefte allgemeine Bildung vermitteln soll. Reicht für Kinder mit Zuwanderungsgeschichte grundsätzlich die „grundlegende allgemeine Bildung“?

Ist diese reduzierte Allgemeinbildung auf jedes Kind zugeschnitten, das etwa aus der Türkei, aus Griechenland, Polen oder Russland kommt?

Ist die Hauptschule gar die Einheitsschule für Kinder mit Zuwanderungsgeschichte, unter die man zur Auflockerung ein paar „praktisch begabte“ deutsche Kinder mischt?

Oder sind Kinder mit Zuwanderungsgeschichte grundsätzlich praktisch veranlagt?

Was hat das noch mit einem demokratischen Schulsystem zu tun, das der Chancengleichheit und Allgemeinbildung für alle verpflichtet ist? Die Antwort ist relativ einfach: nichts!

Ich möchte an dieser Stelle einmal Humboldt selbst zitieren:

(Zitat) „Alle Schulen aber, denen sich kein einzelner Stand, sondern eine ganze Nation widmet, müssen nur allgemeine Menschenbildung bezwecken. Was das Bedürfnis des Lebens oder eines seiner Gewerbe erheischt, muss abgesondert und nach vollendetem allgemeinen Unterricht erworben werden.“ (Zitat Ende)

Das scheint zumindest für die Kinder in den Hauptschulen in NRW nicht mehr zu gelten. Die so genannte Qualitätsoffensive der Landesregierung vom Januar dieses Jahres sieht für sie „noch mehr praktisches Lernen“ und das neue Fach „Lebensplanung“ vor. Ich kann die Befürworter der Hauptschule nur warnen: Wenn der Bildungsanspruch der Hauptschule weiter von dem der übrigen Schulformen abgekoppelt wird, dann verabschiedet man sich endgültig von dem Anspruch, dass sie eine allgemein bildende Schule der Sekundarstufe I ist, dann wird sie zu einer Sonder- oder wie es jetzt heißt Förderschule für Berufsfähigkeit. Das wird sie ganz sicher für Eltern nicht attraktiver machen. Einzelne Lehrerorganisationen haben ja auch schon gefordert, sie zu einer „Berufsförderschule“ umzubauen. Überflüssig zu erwähnen, dass die Mitglieder dieser Organisation keine Hauptschullehrer sind.

Für den VBE steht fest: an keiner Schulform dürfen die Bildungsinhalte ausschließlich auf ökonomische Verwertbarkeit ausgerichtet sein. Jede Schule hat den Auftrag ihre Schüler zu mündigen Bürgern zu erziehen, die an Kultur und Politik teilhaben können und ihre Rechte als Bürger und kennen und wahrnehmen. Lesen, Rechnen und Schreiben allein machen noch keine Bildung aus.

Wie passen solche Vorstellungen eigentlich zu der immer wieder propagierten Durchlässigkeit zwischen den Schulformen?

Ich würde sagen: überhaupt nicht.

Wie sollen denn Kinder, die in der Hauptschule mit solchen Bildungsinhalten versehen worden sind, den Weg in die Realschule oder das Gymnasium schaffen? Sie finden doch den Anschluss nicht.

Aber Durchlässigkeit ist meiner Ansicht nach sowieso zu einer Phrase verkommen. Um wirklich Durchlässigkeit zwischen unterschiedlichen Schulformen herstellen zu können, müsste die Landesregierung ja endlich mal systemisches Denken an den Tag legen. Das aber tut sie nicht. Sie konzentriert sich mal auf die eine und mal auf die andere Schulform, aber nicht auf das *Schulsystem*.

Heute wird am Gymnasium die Schulzeit verkürzt, ohne dass die Folgen für die anderen Schulformen auch nur ansatzweise in den Blick genommen würden. Morgen soll die Hauptschule zu einer Berufsförderschule umgebaut werden – mit dem gleichen engen Blick.

Dann wiederum wird überlegt, ob man an den Hauptschulen nicht Türkisch oder Russisch als zweite Fremdsprache unterrichten und anerkennen soll. Schöne Idee eigentlich – aber der Durchlässigkeit dient das nicht, wenn diese Sprachen dann nicht auch an den anderen Schulformen angeboten werden.

In keinem Schulsystem kann man wild von einer Schulform zur anderen springen. Immer muss das System in den Blick genommen werden, wenn an einer Stelle etwas verändert werden soll. Das muss die Landesregierung endlich lernen.

Ich erwähnte ja schon, dass die nordrhein-westfälische Landesregierung das Land Bayern so gerne als Vorbild hinstellt. Was davon zu halten ist, habe ich auch angedeutet. Trotzdem gehe ich noch einmal nach Bayern zurück.

Der Bayerische Lehrerinnen- und Lehrerverband hat kürzlich eine Umfrage unter Hauptschullehrkräften durchgeführt. Diese sollten sich zu der von der dortigen Staatsregierung initiierten Hauptschulinitiative äußern. Die Lehrkräfte kamen zu folgenden Schlüssen:

- Das meiste von dem, was die Regierung als neu verkauft, ist längst gängige Praxis in den Schulen
- 93 Prozent der Befragten erklärten, durch diese Hauptschulinitiative könne die Chancengleichheit nicht verbessert werden
- 98 Prozent waren der Auffassung, der Rückgang der Übergänge zur Hauptschule könne dadurch nicht gestoppt werden
- 81 Prozent hielten eine längere gemeinsame Lernzeit für unverzichtbar bzw. erforderlich
- 88 Prozent gaben an, die Politiker seien über die Zustände an den Hauptschulen schlecht informiert

Auf gut Deutsch gesagt: Hier ist die Realität und dort ist die Regierung, die diese Realität nicht zur Kenntnis nehmen will.

Ich bin mir sicher: eine ähnliche Umfrage an den Hauptschulen in NRW käme zu vergleichbaren Ergebnissen. Die Hauptschullehrer in NRW haben längst das Gefühl, dass die politisch Verantwortlichen Hauptschulpolitik auf der Grundlage von Vorstellungen betreiben, die aus einer Zeit stammen, in der die Hauptschule noch die Haupt-Schule war. Die Haupt-Schule – also die, die von den meisten Kindern besucht wird – ist aber längst das Gymnasium.

Die Renaissance der Hauptschule wird vor allem von denjenigen beschworen, die noch nie vor einer Hauptschulklasse gestanden haben, in der sich nur noch 5 oder 6 % eines Jahrgangs treffen. Oder von denjenigen, die die Hauptschule brauchen, um an diese die Problemfälle weiterzureichen, mit denen man sich selbst nicht befassen will.

Wenn mir ein Gymnasiallehrer ernsthaft sagt, dass er für den Umgang mit schwierigen Schülern nicht ausgebildet sei, und der Hauptschullehrer besser mit

diesen Kindern umgehen könne, dann muss ich mich fragen, welches Berufsverständnis so jemand hat. Und ich muss mich auch fragen, ob da nicht nur bei der Ausbildung, sondern auch bei der Besoldung etwas nicht ganz stimmt.

Anrede,

wenn wir heute über Hauptschule reden, dann reden wir nicht über die Hauptschule der 1970er Jahre, in der es eine große Aufbruchstimmung gab. Wir reden nicht über eine Schulform, die im Jahr 1970 in NRW noch eine Übergangsquote von 59 % hatte. Sondern wir reden von einer Hauptschule, die mit Mühe eine Übergangsquote von aktuell 15,1 % erreicht, in den Städten des Ruhrgebietes nur noch 5 – 6 %. Das ist die Wirklichkeit des Jahres 2008. Das Rad der Geschichte lässt sich nicht zurückdrehen. Wer es versucht, vergeudet wertvolle Zeit.

Es hat sich im Land etwas verändert, vor dem man nicht die Augen verschließen kann. Seit Jahrzehnten lässt sich der Trend feststellen, dass Eltern für ihre Kinder einen besseren Schulabschluss wünschen, als sie ihn selbst haben. Soll dieser Wunsch nach mehr Bildung etwa zurückgedreht werden? Das kann doch niemand ernsthaft wollen.

Von denjenigen, die die Hauptschule brauchen, um sich von ihr abzugrenzen, erwarte ich keine Unterstützung. Ich erwarte aber von den politisch Verantwortlichen, dass sie aufhören, den Kopf in den Sand zu stecken. Ich erwarte, dass die Strukturen auch im Respekt vor den Kindern verändert werden. Und diese Kritik richte ich nicht nur an die Landesregierung, sondern in gleicher Weise an die Opposition, in erster Linie an die SPD. Die geschilderte Veränderung in unserem Schulsystem ist nicht in den vergangenen drei Jahren eingetreten. Sie ist ein Prozess, der seit fast 30 Jahren zu beobachten ist. Die jetzt in der Opposition befindliche SPD wusste darum. Die Statistiken haben es Jahr für Jahr aufs Neue belegt. Trotzdem hat die SPD genauso wie die jetzige Landesregierung die Augen davor verschlossen. Sie hat dem Niedergang der Hauptschule tatenlos zugesehen anstatt das heiße Eisen „Schulstrukturfrage“ während ihrer Regierungszeit anzufassen.

Anrede,

an vielen Stellen steht das konkrete politische Handeln der jetzigen Landesregierung im krassen Widerspruch zu dem hehren Anspruch des Schulgesetzes, jedem Kind ein Recht auf individuelle Förderung zu gewähren. Die Landesregierung ist aber ohnehin auf dem besten Weg, den Begriff „individuelle Förderung“ zur Floskel verkommen zu lassen, indem sie ihn als Antwort auf alles und jedes verwendet.

Manchmal treibt die Diskussion um die individuelle Förderung so skurrile Blüten, dass man nicht mehr weiß, ob man lachen oder weinen soll. Da spricht eine FDP-Abgeordnete von der „individuellen Förderung des individuellen Schülers“, und ein CDU-Abgeordneter teilt gar der Presse wörtlich mit: „Wir fördern Schülerinnen und Schüler individuell“. Wer ist in diesem Falle eigentlich „wir“? Die CDU-Fraktion? Die Abgeordneten? Nun - das wäre zumindest eine Erklärung dafür, dass in NRW angeblich so wenig Unterricht ausfällt. Wenn alle Stricke reißen, legen die Abgeordneten selbst Hand an.

Der Begriff „individuelle Förderung“ wird langsam, aber sicher tot geritten. Ob gegen Gewalt an Schulen, gegen ADS oder Drogenprobleme – immer hilft individuelle Förderung. Wahrscheinlich sogar demnächst gegen Pubertätspickel und jugendlichen Liebeskummer.

Gleichzeitig stiehlt sich die Landesregierung aber aus der politischen Verantwortung. Sie sagt den Schulen: ihr bekommt zusätzliche Stellen gemäß Sozialindex und dann macht mal schön. Und kaum hat sie das ausgesprochen, geschieht doch tatsächlich ein Wunder. Die Zahl der zusätzlichen Stellen steigt und steigt und steigt mit jeder Pressemitteilung und jeder Landtagsdebatte. Einfach so – es ist fast wie damals bei der wundersamen Brotvermehrung!

Die zusätzlichen Stellen sind nämlich nicht nur zusätzliche Stellen für individuelle Förderung, sondern solche „für individuelle Förderung und gegen Unterrichtsausfall“. So hat die Landesregierung sie tituliert, und das ist sehr praktisch. Sie kann hier zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen. Immer wenn es um individuelle Förderung geht, kann sie sagen: dafür haben wir doch zusätzliche Stellen geschaffen. Und immer wenn es um Unterrichtsausfall geht, sagt sie das Gleiche. Das ist schon ziemlich

super, aber noch zu toppen. Wäre ich Schulminister, würde ich grundsätzlich alle Stellen als zusätzliche Stellen titulieren – und zwar:

- für individuelle Förderung
- gegen Unterrichtsausfall
- für Sprachstandsfeststellungen
- für Qualitätsentwicklung
- für konzeptionelle Schulentwicklung
- für mehr Durchlässigkeit
- gegen Sitzenbleiben
- gegen fachfremden Vertretungsunterricht
- gegen die Zusammenlegung von Lerngruppen im Krankheitsfall
- für mehr Medienerziehung
- für mehr soziales Lernen
- für Ganztage
- gegen Gewalt an Schulen

....und so weiter, mir fiel da noch einiges ein. Ich würde dafür auch eine Bezeichnung und vor allem eine griffige Abkürzung erfinden. Wie wäre es mit

Stellen für alles und gegen alles

Abkürzung: Saga

Saga heißt auf Schwedisch Märchen – das passt doch gut.

Und weil ja dann wahrscheinlich der zuständige Referent im Schulministerium, Wilhelm Knevels, fleißig mit dieser Angelegenheit beschäftigt wäre, sollten die Stellen nach ihm benannt werden. Grimms Märchen kennen wir ja schon, aber die gehören ja allen. Wir in NRW hätten dann aber die Knevels-Saga ganz für uns allein. Evelyn Hamann würde sagen: „Da hat man doch was eigenes.“

Anrede,

Jenseits der nicht an Adam Riese orientierten Rechenmodelle der Landesregierung gibt es aber auch noch die schulische Wirklichkeit. Und die sieht so aus, dass wir in

vielen Schulen immer noch Klassen haben, in denen mehr als 30 Kinder sitzen. Private Grundschulen werben inzwischen gezielt damit, dass sie keine Klasse über 20 Kinder bilden. Die werden dann auch noch von zwei Personen betreut. Wo bleibt der Respekt vor den Kindern im öffentlichen Schulsystem, wenn man sie zu dreißig zusammenpfercht? Wo bleibt der Respekt vor denen, die aufgrund familiärer Probleme, Sprachschwierigkeiten oder anderer Auffälligkeiten die besondere Unterstützung der Lehrerinnen und Lehrer brauchen? Ich sehe ihn nicht.

Die Vertreter der Regierungsfractionen werden mir sicher gleich vorhalten, sie hätten doch immerhin die frühzeitige Sprachförderung eingeführt. Das ist richtig und auch gut. Richtig und nicht gut ist aber, dass die Förderung zur Behebung von Sprachdefiziten noch längst nicht in allen Kindertagesstätten angekommen ist. Da haben wir nämlich wieder das Problem mit dem fehlenden systemischen Denken. Die Landesregierung plant und beschließt etwas und überlässt dann in diesem Fall alles Weitere den Trägern. Man könnte das freundlich Arbeitsteilung nennen. Ich nenne es „nicht zu Ende gedacht.“

Durch das Vorziehen des Einschulungsalters werden Kinder inzwischen in NRW im Alter von fünf Jahren eingeschult. Gegen eine frühere Einschulung ist im Grundsatz nichts zu sagen. Aber: wer die individuelle Förderung so vehement einfordert und gleichzeitig das Einschulungsalter nach vorn verlagert, der muss gute Rahmenbedingungen schaffen. Dazu gehört eine angemessene Klassengröße. Klassen mit mehr als 24 Kindern sind in der Grundschule nicht tragfähig. Hartmut von Hentig hat kürzlich in einem Artikel in der Frankfurter Rundschau den „Abschied von der Paukschule“ propagiert. In diesem Artikel fordert er auch explizit eine Senkung der Klassenfrequenz. Bezugnehmend auf das Land Baden-Württemberg, wo der Klassenteiler auf 28 herabgesetzt werden soll, schreibt er:

(Zitat) „Die Schulklassengröße ist seit Jahrzehnten zu hoch für die quirligen heutigen Kinder und Jugendlichen und müsste bei gleichzeitiger Veränderung der Lehr- und Lernformen nicht auf 28, sondern auf 20 reduziert werden.“ (Zitat Ende)

Dem ist nichts hinzuzufügen.

Eine Konsequenz aus dem Vorziehen des Einschulungsalters muss auch sein, dass der Stellenabbau der sozialpädagogischen Fachkräfte in der Primarstufe nicht nur gestoppt werden muss – im Gegenteil. Es muss dafür Sorge getragen werden, dass jeder Grundschule eine solche Fachkraft in vollem Umfang zur Verfügung steht. Je früher Kinder eingeschult werden, umso höher ist der Bedarf an sozialpädagogischer Unterstützung. Hier ist eine entscheidende Schnittstelle, die bearbeitet werden muss, damit sich die Benachteiligung von Kindern aus bildungsfernen Schichten nicht schon bei der Einschulung verschärft. Integration und nicht Ausgrenzung muss das Ziel guter Bildungspolitik sein.

Damit bin ich beim nächsten Thema:

Kinder, die nicht ganz der von unserer Gesellschaft gesetzten Norm entsprechen, sondern wir aus. Auch wenn der Begriff „Sonderschulen“ in NRW durch „Förderschulen“ ersetzt worden ist: die Zuweisung zu einer solchen Schule ist und bleibt ein Herauslösen der Kinder aus der Gemeinschaft. In NRW gibt es in den großen Städten mehr Förderschulen als Schulen anderer weiterführender Schulformen zusammen. Das ist ein Punkt, über den man mal nachdenken muss. Wir geben wesentlich mehr Geld für Segregation aus als für Integration. Mit Respekt hat das nicht viel zu tun.

Erfreulich ist, dass es in NRW in dieser Frage durch die geplante Einführung von sonderpädagogischen Kompetenzzentren einen viel versprechenden Ansatz gibt. Er ermöglicht einerseits, dass die sonderpädagogische Förderung stärker präventiv angelegt wird und zum anderen dass die sonderpädagogische Förderung soweit wie möglich in der Regelschule stattfindet. Das begrüßen wir.

Aber wenn auch hier gilt, dass das oberste Gebot die Kostenneutralität und nicht die bestmögliche Förderung der Kinder ist, dann fehlt auch hier die notwendige Achtung vor den Bedürfnissen der Kinder, insbesondere von Kindern mit Benachteiligungen.

Von dem Respekt vor Kindern leitet sich alles weitere ab. Davon leitet sich ab, wie wir unsere Kindertageseinrichtungen und Schulen gestalten, wie wichtig uns ein gutes Lernklima und das Gefühl von Geborgenheit und Akzeptanz in diesen Einrichtungen sind. Davon leitet sich auch ab, wie viel wir dafür zu investieren bereit sind. Dazu gehört auch eine Schule als Lern- und Lebensraum, in die man gerne geht, und in der man sich wohl fühlt. Schulgebäude, in denen der Putz von den Wänden bröckelt und sich Schimmel wohl fühlt, sind eine Missachtung der dort Lehrenden und Lernenden.

Respekt vor Kindern bedeutet auch, insbesondere benachteiligten Kindern ein anregendes Lernumfeld zu geben. Dazu gehört auch ein ausreichendes Ganztagsangebot. Die Landesregierung hat hier viel Geld in die Hand genommen, das erkennen wir ausdrücklich an. Sie hat die Bedingungen der OGS verbessert, den Ganztags an Hauptschulen ausgebaut und für Realschulen und Gymnasien Optionen auf einen sukzessiven Ausbau gegeben.

Allerdings sollte in diesem Zusammenhang auch erwähnt werden, dass ein großer Teil der Mittel, die in NRW in den Ganztagsausbau geflossen sind, Bundesmittel waren. Dann kam aber bekanntlich die Föderalismusreform, die den Bund fast völlig aus der Bildungspolitik vertrieben hat, und die auch die nordrhein-westfälische Landesregierung freudig begrüßt hat.

Am 21. Oktober – einen Tag vor dem Bildungsgipfel – durften wir dann der WAZ entnehmen, dass die nordrhein-westfälische Schulministerin doch tatsächlich den Bund aufforderte, Mitverantwortung für den weiteren Ganztagsausbau zu übernehmen. Irgendwie funktioniert bei Politikerinnen und Politikern ganz einfach das Langzeitgedächtnis nicht. Die Länder wollten den Bund doch aus der Bildungspolitik raus haben, um ihre Kleinstaaterei noch besser pflegen zu können. Pardon, sagte ich

Kleinstaaterei? Ich meinte natürlich „Wettbewerb“. Eines in aller Deutlichkeit an alle Politikerinnen und Politiker: Eltern und Kinder interessiert dieses typisch deutsche Kompetenzgerangel in Bildungsfragen nicht die Bohne. Eltern wollen für ihre Kinder gute Schulen und die bestmöglichen Abschlüsse. Ob Bund, Land oder Kommune das finanziert, ist ihnen zu Recht völlig egal.

Und wie heftig ist das alles wieder durchgebrochen, als es um den Bildungsgipfel ging! Die, die da den Gipfel besteigen wollten, haben beim Aufstieg so miteinander gerangelt, dass sie das Ziel aus dem Blick verloren haben. Gute Bergsteiger rangeln aber nicht auf dem Weg zum Gipfel miteinander, sondern sichern sich gegenseitig ab. Denen in Dresden war dann der Gipfel wohl doch zu hoch. Statt ihn zu besteigen, haben sie beschlossen, erst mal einen Arbeitskreis zu gründen, in dem man über das Gipfelbesteigen diskutiert. Das ist auch nicht so anstrengend.

Wie auch immer: Die Ministerin hat im Frühjahr dieses Jahres erklärt, dass es ihr Wunsch sei, überall dort Ganztagsysteme zu schaffen, wo der Elternwille vorhanden sei. Den Elternwillen als einen Orientierungspunkt zu nehmen, ist aus VBE-Sicht richtig, aber er darf nicht allein ausschlaggebend sein. Es muss auch bedacht werden, in welchen Regionen oder Stadtteilen Kinder mit besonderem Unterstützungsbedarf leben, die in Ganztagschulen besonders intensiv gefördert werden können. Wir fordern die Landesregierung deshalb weiterhin auf, einen Kriterienkatalog sowie eine landesweit angelegte Prioritätenliste zu erstellen.

Der VBE hält es deshalb auch nicht für sinnvoll, sich bei der Einrichtung weiterer Ganztagschulen auf Schulformen zu fixieren und diese nach und nach abzarbeiten. Konzeptionelle schulpolitische Planung muss sich auf Analysen stützen und an sachlichen Kriterien orientieren. Dann schließt es sich auch von selbst aus, neu einzurichtenden Gesamtschulen den Ganztagsausbau grundsätzlich zu verweigern, was die Landesregierung zurzeit so handhabt. Gesamtschulen von der Partizipation am Ganztagsausbau grundsätzlich auszuschließen, ist nicht akzeptabel.

These 4:**Persönlichkeitsentwicklung braucht Chancengleichheit**

Wenn alle Kinder sich so entwickeln können sollen, wie es ihrem Potenzial und ihren Neigungen entspricht, muss das Chancengleichheit bedeuten. Es kann nicht sein, dass die Entwicklung von Kindern so stark von der sozialen Herkunft abhängig ist, wie das in Deutschland und eben leider auch in NRW der Fall ist.

Der VBE ist davon überzeugt, dass das starr gegliederte Schulsystem Kindern nicht genügend Chancen bietet. Wir sind auch der Auffassung, dass es in Bezug auf eine Schulreform keine Tabus geben darf. Äußere und innere Schulreform sind zwei Seiten einer Medaille, weil die äußeren Strukturen auch die innere Ausgestaltung der Schulen bedingen. Noch mal in aller Deutlichkeit: wir betreiben keinen Strukturfetichismus. Wir akzeptieren aber auch nicht länger, dass das Thema „Strukturen“ mit einem Tabu belegt werden soll.

Der westfälische Präses der evangelischen Kirche, Alfred Buß, hat sich am 15. Oktober dieses Jahres deutlich zu dieser Frage geäußert. Beim Thema „Bildungsgerechtigkeit“ könne man auch die Frage nach der Schulform nicht ausklammern. Er fügte dann noch hinzu, angesichts der Widerstände des Schulministeriums sei in der Frage des längeren gemeinsamen Lernens Ausdauer notwendig. Nun ja, ich denke, Ausdauer haben wir im VBE.

Es freut mich, dass sich die evangelische Kirche in dieser Frage so deutlich positioniert hat und deren Vorstellungen mit denen des VBE in vielen Punkten deckungsgleich sind. Ich würde mir allerdings wünschen, dass auch die katholische Kirche einmal deutlicher Farbe bekennt. In seinem Beschluss vom 28. April 2008 drückt sich aber immerhin der Bund der katholischen Jugend sehr deutlich aus:

(Zitat) „Für den BDKJ bemisst sich der Erfolg eines Schulsystems neben den Leistungen der Stärksten auch maßgeblich danach, inwieweit die Schwächsten Leistungen erbringen, die eine solide Grundlage für gesellschaftliche Teilhabe und wirtschaftliche Existenz darstellen. In der derzeitigen Form stellen die Bildungssysteme der deutschen Bundesländer nach Ansicht des BDKJ keine Antwort auf diese zentrale bildungspolitische Herausforderung dar.“ (Zitat Ende)

Die in der katholischen Kirche zuständigen Institutionen könnten sich diese Forderungen zumindest einmal sehr genau ansehen. Sie kommen immerhin aus den eigenen Reihen. Wer, wenn nicht die Kirchen, soll für ein Bildungssystem streiten, das kein Bildungsproletariat kennt! Wir brauchen hier dringend einen ökumenischen Schulterschluss.

Der VBE hat sich von dem immer wieder aus denselben Ecken kommenden Ruf „Bloß keine Schulstrukturdebatte!“ nicht abschrecken lassen. Wir haben deshalb im Mai 2005 ein Konzept vorgelegt, das der Dortmunder Schulforscher Ernst Rösner entwickelt hat.

Herrn Dr. Rösner darf ich heute auch hier begrüßen und herzlich willkommen heißen.

Wir haben das Modell „Allgemeine Sekundarschule“ genannt. Dabei handelt es sich um ein Modell, das die Schulformen in der Sekundarstufe I zusammenführen und die starre Gliederung des Systems aufbrechen will. Unserer Ansicht nach ist dieses Modell geeignet, um auf die demografische Entwicklung zu reagieren und den Schulträgern die Freiheit zu geben, die sie brauchen, um ein qualitativ hochwertiges Schulangebot auch bei sinkenden Schülerzahlen zu sichern. Den Schulen gibt es die Möglichkeit, ihre innere Struktur eigenverantwortlich zu gestalten.

Es ist ein Modell, das neue Entwicklungen zulässt, aber auf vertrauten Strukturen aufbaut. Als Leitgedanken des Modells möchte ich die folgenden nennen:

- Grundlage ist das längere gemeinsame Lernen
- Angestrebt werden vollständige schulrechtliche und pädagogische Einheiten
- Ein Kollegium ist für alle Kinder von Klasse 5 bis einschließlich Klasse 10 verantwortlich.
- Binnenorganisationen von additiv bis integriert sind möglich

Ich sage den Vertretern der Regierungsfractionen jetzt noch einmal in aller Deutlichkeit:

Es geht uns nicht darum, von heute auf morgen den Schalter im System umzulegen. Man kann nicht montags entscheiden, dass dienstags das alte System durch ein neues ersetzt wird. Das würde in der Tat zu dem Chaos führen, das die Regierungsfractionen ja so gerne prophezeien, wenn man sie mit Veränderungswünschen konfrontiert. Niemand hier will das.

Es kann aber auch nicht so weitergehen wie jetzt, dass die Landesregierung jede potenzielle Strukturveränderung blockiert und sich hinter hohen Mauern verschanzt. Wir brauchen eine Öffnungsklausel im Schulgesetz, die Schulträgern und Schulen mehr Freiheit verschafft. Was sonst ist Eigenverantwortlichkeit?

Neue Strukturen müssen wachsen, das ist doch eigentlich selbstverständlich. Rom wurde nicht an einem Tag erbaut, und auch das so genannte „bewährte begabungsgerechte gegliederte System“ ist nicht an einem Tag entstanden.

Aber auch einen zweiten Punkt spreche ich in aller Deutlichkeit an: Wenn wir nicht bald mal anfangen und den Schulträgern und Schulen Gestaltungsspielräume geben, werden die Probleme immer größer. Die Eltern verändern mit ihrem Schulwahlverhalten das System sowieso. Wer das ignoriert, riskiert die Demontage des alten Systems, ohne dem etwas entgegenzusetzen. Das kann keiner wollen.

Manchmal stelle ich mir eine Frage, auf die ich einfach keine Antwort finden kann: Wovor haben die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen eigentlich Angst? Hat die Mehrheitsfraktion etwa Angst davor, dass Horstmar und Schöppingen keine Ausnahme bleiben werden, wenn es erst einmal eine Öffnungsklausel gibt? Hat die CDU Angst davor, dass die eigene Basis ihren starren Vorgaben dann nicht mehr folgen wird? Dass mehr und mehr Kommunen diese Freiheit nutzen würden? So wie in dem Film „Harry and Sally“, in dem der legendäre Satz lautet: „Ich will das, was die Frau da hat“?

Eins sage ich Ihnen gleich: Ich habe heute keine Lust, mich mit Plattitüden wie „Einheitsschule“, „Einheitsbrei“ oder „Gleichmacherei“ auseinanderzusetzen, auch nicht in der gleich anstehenden Podiumsdiskussion. Diese immer gleiche Litanei hängt mir zu den Ohren raus. Ich zitiere aber in diesem Zusammenhang einmal den Bildungsforscher Jürgen Baumert, der sich in der Wochenzeitung „Die Zeit“ vom 18. September 2008 über die Schulpolitik der nordrhein-westfälischen Landesregierung folgendermaßen geäußert hat:

(Zitat) „Das Land ist gerade dabei, sich das Leben schwer zu machen. Mit einem kompromisslosen Beharren auf hergebrachten Strukturen werden Kosten verursacht und Handlungsmöglichkeiten abgeschnitten.“ (Zitat Ende)

In anderen Fragen macht sich die nordrhein-westfälische Landesregierung das Leben aber auch gerne mal leicht. Ich erinnere daran, wie sie mit dem Thema „Kopfnoten“ umgegangen ist. Zuerst hat sie allen Expertenmeinungen zum Trotz, gegen alle Warnungen der Eltern-, Lehrer- und Schülerorganisationen sechs Kopfnoten durchgeboxt. Und es kam, wie es kommen musste: es hagelte Proteste. Schülerinnen und Schüler gingen auf die Straße, Lehrerorganisationen appellierten immer wieder an die Landesregierung, den Dialog mit den Betroffenen zu suchen. Weil sich die Landesregierung aber nicht einsichtig zeigte, hörten die Proteste nicht auf.

Und was geschah? Der Koalitionsausschuss trat schließlich zusammen und klüngelte die künftige Zahl der Kopfnoten aus. Die einen wollten vier, die anderen zwei, und im Ergebnis haben wir jetzt drei. Wo zum Teufel sind wir hier eigentlich? Auf einem orientalischen Basar? Kann Politik noch respektloser sein? Das Thema war der Koalition ja offenbar sehr wichtig, sonst hätte sie ja nicht so darauf beharrt. Was hat man von einer Koalition zu halten, die Themen, denen sie selbst eine so hohe Priorität gegeben hat, zu einem solchen Schacher verkommen lässt? Der Respekt vor der Sache und den Schülerinnen und Schülern hätte es geboten, einen ergebnisoffenen Dialog zu führen und nicht den Eindruck zu erwecken, als gehe es nicht um Inhalte, sondern lediglich um eine Zahl.

Aber vielleicht bekommt die Zahl drei ja für die Regierungskoalition eine besondere Bedeutung. Dann müssen wir uns auf den nächsten Schacher gefasst machen. Die CDU sagt ja immer, sie wolle das viergliedrige Schulsystem aus Hauptschulen, Realschulen, Gymnasien und Gesamtschulen erhalten. Die FDP scheint sich da nicht so ganz sicher zu sein. Als Fraktion steht sie ja angeblich fest zu diesem System und will nur mal eben nebenbei die Oberstufen an den Gesamtschulen abbauen. Als Partei bewegt sie sich aber mit der Idee von einer regionalen Mittelschule neben dem Gymnasium in Richtung Zweigliedrigkeit. Und wenn sich beide dann wieder auf die Zahl drei einigen, dann hätten wir das Gymnasium, die regionale Mittelschule und die Gesamtschule. Hauptsache drei.

These 5:

Kinder brauchen Persönlichkeiten – Kinder brauchen Orientierung

Ziel von Bildung und Erziehung ist es, Kinder und Jugendliche zu befähigen, in dieser Gesellschaft Verantwortung für sich und andere übernehmen zu können. Dies setzt eine hohe pädagogische und fachliche Kompetenz sowie positive Wertorientierungen und Haltungen der im Bildungs- und Erziehungsbereich Tätigen voraus.

Erzieherinnen und Erzieher, Lehrerinnen und Lehrer müssen für Kinder Vorbilder sein, an denen diese sich orientieren, aber auch reiben können. Für Lehrkräfte bedeutet dies: Sie müssen gerecht urteilen, ihre Kompetenzen stets weiter entwickeln, Schule durch Orientierung an vorgegebenen Standards eigenverantwortlich mit gestalten und Schülerinnen und Schülern fördern und fordern.

Zu den so beschriebenen Anforderungen an den Lehrerberuf steht der VBE. Er wird deshalb heute und morgen einen Leitantrag beraten, der sich mit dem Berufsbild und dem Berufsethos des Lehrers auseinandersetzt.

Um die hohen Anforderungen, die an die Berufe im Bildungs- und Erziehungsbereich gestellt werden, erfüllen zu können, brauchen wir die Besten der Besten und vor allem eine gesellschaftliche Wertschätzung dieser Arbeit. Diese Wertschätzung hängt jedoch im entscheidenden Maße davon ab, inwieweit Erzieher/innen und Lehrkräfte, die an sie herangetragen Aufgaben erfüllen können. Wie gut oder schlecht das möglich ist, ist aber nicht allein vom Wollen der Beschäftigten abhängig. Es hängt auch entscheidend von den Rahmenbedingungen ab, die Land und Kommunen vorgeben. Da stimmt es mehr als nachdenklich, dass wir in NRW mit unseren Bildungsausgaben noch immer deutlich unter dem Bundes- und internationalen Durchschnitt liegen. Dass das so ist, ist nicht allein die Schuld der jetzigen Landesregierung, sondern auch derjenigen, die sich in der Opposition befinden.

Anrede,

Das neue Lehrerausbildungsgesetz, das uns im Entwurf vorliegt, bietet gute Ansätze für eine Verbesserung wesentlicher Bedingungen im Schulbereich.

Der VBE begrüßt deshalb die Pläne der Landesregierung, künftig für alle Lehrämter eine gleich lange Ausbildung einzuführen und die Gleichwertigkeit der Lehrämter anzuerkennen. Der VBE hat sich in vielen Gesprächen dafür eingesetzt, dass die Anerkennung der Gleichwertigkeit der Lehrämter sich auch in einer gleich langen Ausbildung niederschlagen muss. Das jetzige Ergebnis werten wir daher als Erfolg. Das weit verbreitete Denken, dass die Ausbildung umso kürzer sein kann, je jünger die Kinder sind, ist mit diesem Lehrerausbildungsgesetz erledigt. Dieses Gesetz hat allerdings noch einen wesentlichen Schönheitsfehler. Es beschränkt sich auf die Lehrerausbildung und nimmt die Fort- und Weiterbildung nicht mit in den Blick.

Wir haben mit großem Interesse in der Neuen Westfälischen gelesen, dass die Ministerin der Meinung ist, die neue Lehrerausbildung müsse auch zu gleicher Bezahlung der Lehrerinnen und Lehrer führen. Sie hat ja so Recht. Es ist seit langem überfällig, dass es einen Gleichklang zwischen den Schulformen bei den Pflichtstunden, bei der Besoldung und bei den Anrechnungsstunden gibt. Es kann nicht ernsthaft behauptet werden, dass die Gesamtanforderungen an eine Lehrkraft in einer heterogenen großen Grundschulklasse oder einer schwierigen

Hauptschulklasse geringer sind als die Anforderungen an eine Lehrkraft in einem kleinen überschaubaren homogeneren Oberstufenkurs.

Und es muss für alle Schulformen die gleichen Beförderungschancen geben. Es kann doch nicht sein, dass es schwerer ist, eine Beförderung am Gymnasium zu vermeiden, als eine an der Grundschule zu ergattern.

Um die Besten zu gewinnen, müssen junge Menschen auch die Möglichkeit haben zu überprüfen, ob der Lehrerberuf wirklich der richtige für sie ist. Deshalb halten wir die Möglichkeit, sich früh ein Bild von den zukünftigen Berufsanforderungen zu machen, für sehr wichtig. So können berufliche Fehlentscheidungen, die zu Lasten der Kinder und der eigenen Gesundheit und Zufriedenheit gehen können, zumindest eingeschränkt werden.

Dringend erforderlich ist auch, mehr ausgebildete Lehrer/innen mit Migrationshintergrund zu gewinnen. Sie haben eine besondere Vorbildfunktion und können mit dazu beitragen, dass die Kluft zwischen den Kulturen abgebaut und die Bildungssituation von Kindern mit Migrationshintergrund in Deutschland verbessert wird. Deshalb unterstützt der VBE die Bemühungen des Netzwerks der Lehrkräfte mit Zuwanderungsgeschichte, dessen Sprecherin Dr. Antonietta Zeoli ich in diesem Zusammenhang ganz herzlich begrüße.

Eine gute Schule ist eine Schule, die einen qualitativ hohen pädagogischen Standard hat. Sie muss in Gestaltung, Organisation und Rhythmisierung der Lern- und Arbeitsphasen auf Schüler- und Lehrergesundheit Rücksicht nehmen. Deshalb brauchen wir eine neue Definition von Lehrerarbeit, wie der VBE sie in seinen Eckpunkten für ein Lehrerarbeitszeitmodell vorgelegt hat. Lehrerarbeit, die sich an pädagogischer Qualität und der Jahresarbeitszeit des öffentlichen Dienstes orientiert, braucht klar strukturierte Zeiten für Unterricht, Vor- und Nachbereitung sowie unterrichtsergänzende und außerunterrichtliche

Tätigkeiten. Dann endlich ist Schluss mit der Beliebigkeit des Draufsatteln von Aufgaben.

Das gilt in gleichem Maße für Schulleitungsaufgaben. Der Schulleiter/die Schulleiterin einer eigenverantwortlichen Schule soll, so ist es in der entsprechenden Handreichung für eigenverantwortliche Schulen beschrieben, „ein umfassendes „Organisations-, Personal- und Qualitätsmanagement“ vorantreiben.

Er/sie soll verantwortlich sein für „Qualitätsentwicklung, Personalmanagement, schulinterne und –externe Kommunikation und Kooperation , Innovation, Planung und Organisation.

Am schönsten klingt der Satz:

„ Die Schulleiterin/ der Schulleiter ist „zuständig für die Implementation einer innovativen Lehr- und Lernkultur“.

Schöner kann man es einfach nicht sagen.

Wer diese Anforderungen an Schulleiterinnen und Schulleiter hat, der muss sie nicht nur dafür qualifizieren, sondern ihnen auch die notwendige Leitungszeit zur Verfügung stellen und sie angemessen bezahlen. Für das Gehalt, das insbesondere Grundschulleiterinnen und –leiter jetzt beziehen, ist niemand mehr bereit, diesen Knochenjob zu erledigen.

Und lassen Sie mich auch den folgenden Hinweis noch machen: Wem es ernst ist mit einer eigenverantwortlichen demokratischen Schule, der kann nicht einseitig die Rechte der Vorgesetzten stärken. Er muss dafür Sorge tragen, dass die demokratischen Mitbestimmungsrechte von Eltern, Schülern und Lehrern einen hohen Stellenwert haben. Wer Kinder zu mündigen Bürgern erziehen soll, darf nicht selbst entmündigt werden. Dies hat die Landesregierung mit dem neuen LPVG jedoch gemacht. Sie

gibt den Lehrkräften das Gefühl, ihre demokratischen Rechte an der Schultür abgeben zu müssen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich bin mir ziemlich sicher: wenn ich mich nachher in die Podiumsrunde begeben werde, werden zumindest Herr Kaiser und Frau Pieper-von Heiden mir vorhalten, dass die Umsetzung der von mir in den letzten 45 Minuten aufgestellten Forderungen eine weitere Investition in den Bildungsbereich von mehreren Milliarden erforderlich macht.

Nur - am Geld kann es doch nicht ernsthaft scheitern. Es ist doch verblüffend, wie schnell Milliardenbeträge hervorgezaubert werden, wenn man es für erforderlich hält. Warum ist die Politik bereit, in einer Finanzkrise unvorstellbare Mrd.-Beträge von heute auf morgen abzusichern, nicht aber für die Bewältigung der Bildungskrise? Und das, obwohl man weiß, dass mittel- und langfristig riesige Rendite warten. Was ist denn die Alternative?

Wir können natürlich auch weiter beklagen, dass wir eine hohe Chancenungleichheit haben und von Bildungsgerechtigkeit weit entfernt sind und den Kopf weiter in den Sand stecken. Wir könnten aber auch versuchen endlich über Parteigrenzen und Wahltermine hinweg einen gesellschaftlichen Konsens darüber zu finden, wie wir aus diesem Jammertal herauskommen.

Damit will ich heute anfangen. Ich unterstelle zunächst allen Fraktionen im Landtag, dass sie eine bestmögliche Bildung und Erziehung unter den Gesichtspunkten Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit für alle Kinder anstreben. Und ich verweise auf Finnland. Als die Finnen seinerzeit eine Reform ihres Bildungssystems angingen, haben sich alle Parteien darauf verständigt, die Bildungspolitik in den folgenden Jahren aus den Wahlkämpfen herauszuhalten. Sie haben nach dem Motto gehandelt, das Rainer Domisch, ein Deutscher übrigens, der seit 1994 in leitender Funktion im finnischen Erziehungsministerium tätig ist, herausgegeben hat. Es lautet:

„Gute Bildungspolitik ist keine Parteipolitik.“

Domisch ist übrigens parteilos. Gute Bildungspolitik muss auf systemischem Denken basieren. Das bedeutet, dass sie alle Bildungseinrichtungen von der Kindertagesstätte bis zur Universität als *System* und nicht als einzelne Einrichtungen in den Blick nehmen muss. Sie darf nicht wie derzeit die nordrhein-westfälische Schulpolitik wild von einer Schulform zur anderen springen und das System dabei aus den Augen verlieren. Gute Bildungspolitik ist kein kaltes Büffet, an dem sich jeder seine Häppchen zusammensuchen kann.

Gute Bildungspolitik muss sich von den zentralen Fragen leiten lassen:

Welche Kompetenzen brauchen junge Menschen in einer sich stetig wandelnden Gesellschaft?

Welche Kompetenzen brauchen Erzieherinnen und Erzieher, Lehrerinnen und Lehrer, die den jungen Menschen diese Fähigkeiten vermitteln sollen?

Anrede,

Wir können nicht noch mehr Zeit verstreichen lassen und uns in ideologischen Gräben verschanzen. Wir müssen die Bildungspolitik vom parteipolitischen Gezänk befreien und auf einen gesellschaftlichen Konsens hinarbeiten, um aus der Stagnation herauszufinden. Deshalb appelliert der VBE hier und heute an den Ministerpräsidenten, eine ständige nordrheinwestfälische Bildungskonferenz einzurichten. Wohlgedenkt: eine ständige, keine ständische, denn ein ständisches System haben wir ja schon.

An dieser Bildungskonferenz sollen Parteien, Gewerkschaften, Kirchen, und Vertreter der Wirtschaft und Wissenschaft sowie die Interessenvertretungen von Eltern, Lehrern und Schülern teilnehmen. Es soll darum gehen, einen breiten gesellschaftlichen Konsens herzustellen, um endlich weiterzukommen. Im Mittelpunkt muss dabei das Verbindende und nicht das Trennende stehen.

Es geht ausschließlich um das Wohl und die Zukunft der Kinder und Jugendlichen. Dafür möchte ich heute werben und schon einmal eine Brücke bauen, über die die

Vertreterinnen und Vertreter *aller* Parteien aufeinander zugehen können. Das tue ich, indem ich einige wesentliche Thesen aufstelle, die alle hier anwesenden Fraktionen, so ist zumindest meine Wahrnehmung aus den bisherigen Gesprächen, und das waren nicht wenige, unterschreiben können.

Diese Thesen lauten:

- Eine bestmögliche und qualitativ hochwertige frühkindliche Förderung ist die Grundlage für alles weitere
- Diagnostik und Förderung durchziehen alle Stufen des Bildungssystems
- Fördern geht vor Wiederholen
- Alle Bildungsoptionen müssen stets offen gehalten werden.
- Innere und äußere Schulreform bedingen einander
- Schulen und Schulträger brauchen ein Höchstmaß an Eigenverantwortung zur Gestaltung eines vollständigen wohnortnahen Bildungsangebots.
- Kindertageseinrichtungen und Schulen müssen in ein Netzwerk von unterstützenden Institutionen eingebunden sein.
- Chancengleichheit ist das oberste Gebot aller öffentlichen Bildungseinrichtungen
- Im Mittelpunkt der pädagogischen Arbeit hat das einzelne Kind zu stehen, nicht dessen soziale Herkunft oder potenzielle spätere Berufstätigkeit.
- Weiterführende Schulen sind zuallererst einer umfassenden Allgemeinbildung für alle Kinder verpflichtet

Ich appelliere an alle anwesenden Politikerinnen und Politiker: lassen Sie den parteipolitischen Streit einmal beiseite. Wir kennen doch jede Phrase, jede Floskel, jede parteipolitische Eigenart längst. Wir müssen sie nicht immer wieder hören. Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten, einen gesellschaftlichen Konsens herzustellen – fangen wir nicht morgen, nicht übermorgen, sondern heute damit an. Und wenn es mit Domischs Motto „Gute Bildungspolitik ist keine Parteipolitik“ nicht sofort klappen sollte, nehmen Sie als Zwischenschritt eins von Pablo Neruda:

„Der Kopf ist rund, damit das Denken die Richtung wechseln kann.“